

## **Joachim Hennig: Ansprache am 27. Januar 2019 in der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus in der Citykirche Koblenz.**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
vor wenigen Minuten haben wir am Mahnmal auf dem Reichensperger Platz der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Besonders erinnerten wir an die Menschen jüdischen Glaubens und jüdischer Herkunft, die vor 80 Jahren auch hier in Koblenz Verfolgung erlitten.

Der Novemberpogrom 1938, die sog. Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, war der erste Höhepunkt in der Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Nachbarn in Hitlers Deutschland. Der Pogrom wurde 5 ¾ Jahre nach der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933 inszeniert und geschah 3 ½ Jahre bevor die Nazis und ihre Helfer den Völkermord an den europäischen Juden verübten.

Verantwortlich dafür war ein Klima von Hass, Gewalt, Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus. Das hatten Hitler und seine Leute nicht erzeugt. Es hatte sich vielmehr mit wachsender Tendenz in der Gesellschaft entwickelt und wurde geschürt. Die Nazis machten sich dieses Klima „nur“ zu eigen und radikalisierten dieses Klima in der ihnen eigenen brutalen, terroristischen Art.

Kaum an der Macht begannen die Nazis die Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Verfolgungen des jüdischen Teils der deutschen Bevölkerung. Eine erste Wegmarke war der Boykott jüdischer Geschäfte, Waren, Ärzte und Rechtsanwälte am 1. April 1933. Vor den jüdischen Geschäften bauten sich SA- und SS-Leute auf. Sie hatten Plakate dort angebracht und hinderten die Kunden, in diesen Geschäften einzukaufen.

Schon wenige Tage später setzte sich die Diskriminierung der Juden durch Gesetze und Verordnungen fort. Grundlegend war das Gesetz mit dem zynischen Titel „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933. Das Gesetz hatte einen sog. Arierparagrafen und erklärte jüdische Beamte für entlassen. Ein weiteres Gesetz vom selben Tag veranlasste die Entfernung von Rechtsanwälten aus ihrem Beruf. In der Folgezeit waren auch weitere Berufe von solchen Berufsverboten betroffen.

Die nächste Wegmarke waren die „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935. Mit dem sog. Reichsbürgergesetz erfanden die Nazis den Status des „Reichsbürgers“. Das war der „Vollbürger“, eine bessere Variante des Staatsbürgers. Mit diesem Gesetz und mit einem Schlag nahm man den Juden Rechte weg. Sie wurden zu bloßen Staatsbürgern und damit zu Bürgern zweiter Klasse deklassiert. Ein weiteres Nürnberger Gesetz war das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Es erfand den Straftatbestand der sog. Rassenschande.

Immer weiter drängte man die Juden aus dem Wirtschaftsleben, u.a. mit dem Slogan: „Deutsche wehrt Euch, kauft nicht bei Juden!“

Ziel der Rassenpolitik der Nazis war es, die jüdischen Deutschen zur Auswanderung zu drängen. Zahlreiche Juden wanderten tatsächlich seit 1933 auch aus. Aber es war eine schwere Entscheidung. Wer verlässt – und das gilt auch für heute – schon ohne Not sein Heimatland? Die eigene Lage muss schon unerträglich sein, man muss schon keine Perspektive mehr haben, um dann den großen Schritt zu ins Ungewisse zu wagen. Viele konnten sich damals nicht vorstellen, dass die Diskriminierungen so weiter gehen und noch schlimmer werden könnten. Schließlich – so dachten viele – war Deutschland eine Kulturnation, das „Volk der Dichter und Denker“ – Goethe, Schiller, Kant, Hegel. Einen Zivilisationsbruch hielten sie für unmöglich. Schließlich hatten viele Juden für das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg tapfer gekämpft.

Hinzu kam, dass das mit dem Auswandern gar nicht so einfach war. Zum einen konnten die Juden ihren Besitz nicht vollständig mit ins Ausland mitnehmen, sie mussten vieles

unter Wert hier verkaufen. Zudem mussten sie für das Auswandern ganz erhebliche Abgaben an den Staat leisten. Zum anderen war es schwierig, ein Land zu finden, das einen aufnahm. Damals gab es auch noch nicht den Staat Israel. Das Gebiet hieß Palästina und stand unter der Verwaltung der Briten. Das war ein Land im Aufbau und von Landwirtschaft geprägt. Wer von den Städtern hier in Koblenz und anderswo konnte schon Landwirtschaft? Und dann gab es noch die Sprachprobleme. Deshalb war auch eine Auswanderung in die USA oder etwa nach Südafrika schwierig. Bei den USA kam hinzu, dass es Einreisebeschränkungen gab. Man konnte nur mit einem Affidavit einreisen, mit einer Bürgerschaftserklärung eines in den USA Lebenden, dass dieser für den Lebensunterhalt des Betreffenden aufkommt.

Eine weitere Wegmarke des Unrechtsstaates war dann der Novemberpogrom von 1938. Die Nazis nannten es „Reichskristallnacht“, heute hat sich nicht viel besser der Begriff „Reichspogromnacht eingebürgert. In der angedeuteten Stimmung gegen die Juden hatte ein 17-jähriger, in Deutschland lebender Jude namens Herschel Grünsphahn Schüsse auf den Legationssekretär vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris abgegeben. Anlass dafür war, dass die polnischen Eltern des Jungen, die vor vielen Jahren nach Deutschland eingewandert und hier sesshaft geworden waren, Ende Oktober 1938 nach Polen abgeschoben wurden und im Niemands-land zwischen Deutschland und Polen „campieren“ mussten.

Als die Nachricht vom Tod des Legationssekretärs bekannt wurde, mobilisierten Naziführer in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 überall im Land die SA-Ortsgruppen. Zusammen mit SS- und Gestapoleuten sowie auch Nachbarn zündeten sie Synagogen an, zerstörten jüdische Geschäfte und Wohnungen und misshandelten und verhafteten Juden. Der Polizei war verboten, dagegen einzuschreiten, die Feuerwehr durfte nur Häuser der „Arier“ schützen.

Auch in Koblenz wüteten die Nazis. Zerstört wurden mindestens 19 Geschäfte und 41 Wohnungen, jüdische Mitbürger wurden misshandelt. Trupps zerstörten die Synagoge am Florinsmarkt. In Brand gesteckt wurde sie aus Rücksichtnahme auf die unmittelbar angrenzenden Nachbarhäuser nicht. Aber der Friedhof im Rauental wurde geschändet und die Leichenhalle verwüstet. Etwa 100 Männer wurden in die Konzentrationslager Dachau und Buchenwald verschleppt.

Die Juden mussten die an ihren Geschäften verursachten Schäden auf eigene Kosten wieder beseitigen und außerdem wurde ihnen eine „Buße“ von 1 Milliarde Reichsmark auferlegt. Weiter war ihnen die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen verboten, die Kinder durften nicht mehr öffentliche Schulen besuchen. Unmittelbar danach begann die systematische Ausbeutung und Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, die „Zwangsarisierung“ jüdischer Unternehmen, Geschäfte usw.

Diese Diskriminierungen und Ausgrenzungen erhöhten den Auswanderungsdruck. Danach flohen noch mehr Juden ins Ausland. Die Nazis und ihre Helfer setzten auch jetzt noch alle Hebel in Bewegung, um die Juden aus Deutschland zu vertreiben – ihr Vermögen aber hier zu behalten. Es war nicht so, dass die Nationalsozialisten von Anfang an den Holocaust vorhatten oder diesen mit der „Reichspogromnacht“ in Angriff nahmen. Nein, auch jetzt noch wollte man die Juden „nur“ herausekeln und sie loswerden.

Mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges wurde die Flucht immer schwieriger, andere Staaten waren immer weniger bereit, flüchtende Juden aufzunehmen. Im Oktober 1941 wurde offiziell eine Auswanderung verboten.

In dieser Zeit, im Spätsommer/Herbst 1941 entschied man sich dann für die Vernichtung der europäischen Juden. – für den Holocaust, die Shoa. Einen ausdrücklichen Befehl darüber hat man bisher nicht aufgefunden. Einen schriftlichen Befehl dazu hat es dazu wohl auch nie gegeben. Es ist aber ganz sicher, dass eine solche wichtige Entscheidung

von Hitler persönlich getroffen wurde – ggf. in einem streng geheimen mündlichen Befehl. Einige Monate später begannen auch die Deportationen von Koblenz aus. Am 22. März 1942, kam es zur 1. Deportation von Juden aus Koblenz und Umgebung – wie es hieß – „nach dem Osten“ Mit ihr wurden 338 jüdische Menschen aus Koblenz und Umgebung verschleppt. Eine der Deportierten war die Schülerin Hannelore Hermann. Sie kam mit ihren Eltern Leopold und Johanna Hermann „auf Transport“. Die drei kamen bald darauf unter ganz furchtbaren Umständen ums Leben. Wenn sie den Transport und den Aufenthalt im Ghetto überstanden haben sollten, wurden sie in den folgenden Wochen oder Monaten in den Vernichtungslagern Belzec oder Sobibor mit Motorabgasen ermordet. Zuvor hatten Hannelores Eltern und auch sie selbst einen regen Briefverkehr zu ihrem älteren Sohn bzw. Bruder Kurt, der Ende 1935 die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannte und nach Palästina, das damals noch britisches Mandatsgebiet war, auswanderte. Diese Briefe sind heute noch vollständig erhalten. Im Anschluss werden Schülerinnen und Schüler des Bischöflichen Cusanus-Gymnasiums unter Leitung ihres Lehrers Huffer aus diesen Briefen lesen. Ihnen möchte ich schon jetzt für Ihren Beitrag zum Gedenken sehr herzlich danken. Danken möchte ich an dieser Stelle auch Herrn Höss, Musiklehrer am Görres-Gymnasium und Frau Czupka von der Rheinischen Philharmonie, die mit ihrer einfühlsamen Musik auf der Orgel und der Flöte uns durch diese Gedenkstunde begleiten. Und ein letztes, meine sehr geehrten Damen und Herren: Diese Gedenkstunde machen wir für die Opfer des Nationalsozialismus, zur Erinnerung an die damaligen jüdischen Nachbarn unserer Eltern und Großeltern. Aber wir machen sie auch um unserer selbst willen, um uns an diese Geschichte zu erinnern und aus dieser Geschichte zu lernen. Lernen aus der Geschichte der NS-Verbrechen heißt auch Warnzeichen rechtzeitig zu erkennen, wenn eine nachhaltige Schwächung unserer offenen Gesellschaft droht. Dieser Punkt scheint heute erreicht. Immer offener etablieren sich in der Gesellschaft Haltungen, Meinungen und Sprechgewohnheiten, die eine Abkehr von den grundlegenden Lehren aus der NS-Vergangenheit befürchten lassen. Hinzu kommt eine öffentliche Geschichtsknittelung, die die NS-Verbrechen verharmlost und die Opfer verhöhnt und dem Nationalismus huldigt. Diesen aktuellen Entwicklungen müssen wir entschieden entgentreten. Dazu soll auch diese Gedenkstunde beitragen.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.